

Familienpolitik: Viele Ideen, aber keine Lösungen

Stillstand Nach der Wahlschlappe zur Initiative «Familie und Beruf» herrscht in der Familienpolitik vorerst Stillstand. Es bleibt schwierig, eine Lösung für alle zu finden.

Dorothea Wurmbrand-Stuppach
dstuppach@medienhaus.li

Wie wird es weitergehen mit der Familienpolitik im Land? Spätestens seit der missglückten Initiative der Wirtschaftskammer «Familie und Beruf» ist das Thema ein heisses Eisen. Landtagskandidaten aller vier Parteien diskutierten gestern auf Radio L, ob nun Stillstand in diesem Bereich herrscht. Clarissa Frommelt von der FBP erklärte im Gespräch mit Moderatorin Berit Pietschmann, dass beide Familienmodelle gleich gefördert werden müssten. Wie das genau funktionieren soll? «In Zukunft muss man sich neue Modelle überlegen, ich habe dafür auch keine Patentlösung in der Schublade parat.» Frommelt sprach sich dafür

aus, in vielen kleinen Schritten auf eine Gesamtlösung zuzugehen. Allen Familien in einem Schuss alles zu bieten, das sei schwierig. Es gab keinen Konsens darüber, wie die Politik den kleinsten gemeinsamen Nenner der beiden Modelle «Familie und Beruf» und «Familie als Beruf» finden können.

Keine Blaupause für neue Modelle

Jnes Rampone-Wanger von der VU erklärte im Gespräch: «Alle guten Lösungen scheitern am Geld.» Die erste Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch für die traditionellen Modelle sei, dass Frauen und Männer gleich viel verdienen. Rampone-Wanger erklärte zudem, man müsse Lösungen suchen für jene

Familien, wo beide Partner arbeiten müssen, weil die Lebenshaltungskosten so hoch sind.

Förderung: Jedem das Seine, aber wie?

Kita-Finanzierung für die einen und Betreuungsgeld für die anderen? Herbert Elkuch (DU) glaubt nicht, dass dieses Modell eine Option wäre. Viele möchten Elkuch zufolge auch nicht, dass der Staat zu sehr in die Familie eingreift. Mauro Pedrazzini hatte kürzlich angeregt, mit Geldern aus der Familienausgleichskasse das Kindergeld zu erhöhen. Im Gespräch mit Radio L sprach sich Elkuch aber gegen ein solches Modell aus. Clarissa Frommelt hingegen könnte sich beispielsweise eine Art Staffelung vorstellen, dass man das Kinder-

geld im ersten Jahr kumuliert. «Die Fraubleibe ein Jahr daheim und bekommt dafür mehr Kindergeld. Für die Jahre darauf bleibe dann weniger übrig. Das sei aber finanzierbar. Sowohl Frommelt als auch Rampone-Wanger waren sich aber darüber einig, dass sie es nicht befürworten können, dass die beiden Familienmodelle gegeneinander ausgespielt werden. Conny Büchel Brühwiler (FL) erklärte, dass mehr staatliche Investitionen in Kitas getätigt werden müssten. Zwar herrscht Konsens darüber, dass Kita-Plätze fehlen und es keinen Stillstand geben darf. Nun ist aber genau jener eingetreten: Es gibt viele verschiedene Vorschläge. Wie eine endgültige Lösung aussehen soll und wer das bezahlen soll, ist eine offene Frage.